

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Pettelle 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Grafmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 9. November 1881. Nr. 522.

Berlin, 8. November. Bei der heute angefangenen Ziehung der 2. Klasse 165. Igl. preuß. Klassenlotterie fielen:
1 Gewinn zu 12,000 Mk. auf Nr. 74236.
1 Gewinn zu 1800 Mk. auf Nr. 81496.
1 Gewinn zu 600 Mk. auf Nr. 13258.
5 Gewinne zu 300 Mk. auf Nr. 63834
74639 84324 91309 91786.

Deutschland.

Berlin, 8. November. Im vierten Wahlkreise fanden am Montag Abend vier fortschrittliche Versammlungen statt, von denen drei politisch aufgelöst sind, eine davon unter recht eigenhämlichen Umständen. Die zweitägige Anwesenheit des Kandidaten Albert Träger in Berlin sollte nach Möglichkeit ausgenutzt werden, deshalb wurden für den einen Abend des Montag in den verschiedenen Gegenden des ausgedehnten Wahlkreises Versammlungen anberaumt, die Träger der Reihe nach auf kurze Zeit besuchen sollte. Mit der Versammlung der Siebenten und achten Gruppe, die im Borussia-Theater auf der Wrangelstraße stattfand, wurde der Anfang gemacht. Träger richtete hier einige begeisterte Worte an die sehr zahlreiche Versammlung, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Darauf ergriff Herr Rechtsanwalt Mundel zu dem angekündigten Vortrage das Wort. Die Ausführungen des Redners wurden von den anwesenden Sozialdemokraten zum Theil mit Widerspruch aufgenommen. Seiner Meinung, daß bei den Stichwahlen ein Theil der Konservativen für den fortschrittlichen Kandidaten stimmen werde, löbte ein lautes Hoi! entgegen. Und als Herr Mundel darauf replizierte, ein anderer Theil der Konservativen werde allerdings auch für diejenigen stimmen, die da Hoi! rufen, das würden aber die Christlich-Sozialen sein, und die könne man ihnen gönnen, da wurde es so unruhig, daß der Vorsitzende, Dr. Wolff, sich veranlaßt sah, die Versammlung für einige Minuten zu vertagen. Während der Pause sollte einer der Ruhestörer entfernt werden, da stand plötzlich der überwachende Polizei Lieutenant auf und erklärte die Versammlung für aufgelöst.

Zu derselben Zeit sprach der Abgeordnete Knörke vor einer sehr zahlreich besuchten Versammlung in Babes Salon, Große Frankfurterstr. 87. Unter dem steigenden Beifall der Anwesenden unterzog Redner jene Gesellschaft einer treffenden Kritik, die sich an die Reichshäufige Bismarcks und der echten konservativen Partei geknüpft und ging alsdann auf die Bestrebungen der bei der Stichwahl zunächst in Betracht kommenden sozialdemokratischen Partei ein. Die Person des Gegenkandidaten sei nicht anzusehen, Bebel sei ein Ehrenmann, aber die Sache, die er vertritt, müsse entschieden bekämpft werden, sie sei eine verderbliche und verwerfliche. In erster Linie erstreben die Sozialdemokraten die Aufhebung des Privatgentiums — bei diesen Worten erhob sich der überwachende Polizei Lieutenant und rief: „Ich kann nicht zugeben, daß hier sozialdemokratische Prinzipien erörtert werden, ich erkläre die Versammlung für aufgelöst!“ Der Beamte hatte damit unabsichtlich Gelegenheit zu einer stürmischen Ovation für Träger gegeben, denn in demselben Augenblick betrat dieser den Saal und wurde mit nicht endemwollenden Hochrufen begrüßt. Wenn diese Auflösung berechtigt war, so muß es als ein Wunder betrachtet werden, daß die Versammlung, die im Böhmisches Brauhaus auf der Landberger-Allee stattfand und von Wählern der Stadtbezirke 19 und 19a sehr zahlreich besucht war, nicht dasselbe Schicksal theilte. Hier verlas der Vortragende, Rechtsanwalt Cassel, die Hauptpunkte des sozialdemokratischen Programms, erörterte dieselben sehr eingehend und zog die unvermeidlichen Konsequenzen daraus. Eine Auflösung erfolgte deshalb nicht. Gegen Schluß des mit rauschendem Beifall aufgenommenen Vortrages erließen der Kandidat, während seiner kurzen Anwesenheit oft von Beifall unterbrochen. Zum Schluß sprachen noch die Herren Knörke, Cassel und Max Schulz, worauf die Versammlung mit Hochrufen auf Albert Träger ihr natürliches Ende fand.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Paris zugehenden Meldung dürfte eine der ersten Maßregeln des Ministeriums Gambetta den Zweck verfolgen, die Dimensionen, welche die tunesische Expedition angenommen hat, nach Möglichkeit einzu-

beschränken. Man geht hierbei in den maßgebenden Kreisen von der Anschauung aus, daß die zu erhoffenden Resultate der Expedition zu den in der letzten Zeit zu außerordentlicher Höhe angeschwollenen Kosten in keinem angemessenen Verhältnisse stünden. Gleichzeitig wird die in Zusammenhang mit dieser Expedition stehende Absicht signalisiert, dem Bey von Tunis einen Theil seiner ihm durch den Vertrag vom 12. Mai d. J. entzogenen Rechte zurückzugeben. Mit dieser Meldung würde die Nachricht von der wahrscheinlichen Abberufung des Ministerpräsidenten Roustan übereinstimmen.

Schon seit Jahren sind von verschiedenen Seiten Schritte gethan worden, um die Errichtung eines Reichsschiffahrtsamtes zu erwirken. So hat im Jahre 1872 der Deutsche nautische Verein dem Reichskanzler eine tiesbezügliche Denkschrift eingeschickt. Eine denselben Gegenstand betreffende Eingabe richtete Ende 1875 der internationale Transportversicherungs-Verband an den Bundesrath. Im Mai 1876 sandte der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages an das Reichskanzleramt ein Schriftstück, in welchem ausgeführt worden, wie der Ausschuss auf Anregung der Handelskammern in den Seestädten etc. sich erneut mit den Verhältnissen des Schiffahrtsverkehrs und den zu dessen Hebung zu ergreifenden Maßregeln beschäftigt und wie sich immer mehr die Meinung befestigt habe, daß die Verzögerung in der einheitlichen Leitung der Schiffahrtsverhältnisse auf die Dauer immer unhaltbarer werde und zu den größten Nachtheilen für Handel und Industrie führen müsse. Der Ausschuss des deutschen Handelstages beantragte deshalb die schleunige Errichtung eines Reichs-Schiffahrtsamtes, welchem nach Analogie des Reichs-Eisenbahn-Amtes die Beaufsichtigung der Schiffahrtsstraßen und der damit zusammenhängenden Anlagen und Einrichtungen, sowie die Vorbereitung der auf die Schiffahrt und deren Interessen bezüglichen Gesetze und Anordnungen, und überhaupt die Pflege aller die Entwicklung und Förderung der Binnen- und Seeschiffahrt betreffenden Angelegenheiten obliegt. Da alle vorerwähnten Schritte keinen Erfolg gehabt haben, so wird jetzt seitens des Centralvereins für Hebung der deutschen Fluss- und Kanalschiffahrt eine Eingabe an den Reichstag vorbereitet, aus welcher sich die Nothwendigkeit eines Reichs-Schiffahrtsamtes ergeben wird. Die Kompetenz einer solchen Centralbehörde erhellt aus der Reichsverfassung, in welcher die Beaufsichtigung und Befehlsgebung, ebenso der gemeinsame Schutz der deutschen Schiffahrt, die Regelung der Flößerei und des Schiffahrtsbetriebes auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen, die Vorschriften über Ladungsfähigkeit, Seetüchtigkeit, Nebriefe der Schiffe, die Schiffahrtszeichen u. s. w. dem Reiche überwiesen worden sind.

Daß, wie schon vor einiger Zeit mitgetheilt, die Matrikularbeiträge im nächsten Reichshaushaltetat sich höher stellen werden, als im Vorjahre, geht auch aus den Motiven zum Etat des Reichs hervor. Es heißt in demselben: „Der Bemessung der Ueberbrüsse aus Zöllen und der Tabaksteuer ist der in dem Reichshaushaltetat für das Etatsjahr 1881—82 ein gestellter Betrag zu Grunde gelegt. Auf die zu erwartenden höheren Erträge der Tabaksteuer ist aber um deswillen keine Rücksicht genommen, weil sich annehmen läßt, daß im gleichen Verhältnisse auch die Matrikularbeiträge anwachsen werden.“

Der Finanzminister Bitter, welcher am Freitag Nachmittag sich nach Bremen begeben hatte, ist von dort zurückgekehrt. Wie verlautet, ist dem Finanzminister dieser Tage eine Denkschrift des Vereins für die Wahrung der Interessen Alttonas zugegangen, in welcher auf die schweren Nachteile verwiesen wird, welche dieser Stadt erwachsen müßten, wenn ihr nicht ein besonderes Freihafengebiet zugestanden wird. Die Denkschrift erinnert an die Besprechungen, welche s. Z. gemacht worden sind, und von denen nunmehr weniger als nichts sich erfüllen zu wollen scheint.

Italienische Blätter berichten von einem Glückwunschschreiben des deutschen Kronprinzen an König Humbert, in welchem derselbe seiner Freude über die Wiener Entree Ausdruck giebt, weil dadurch Italien auch Deutschland nähergebracht werde.

Nach einer Münchener Meldung der Mailänder „Perseveranza“ hat auch der König von Baiern anlässlich der Wiener Reise des königlichen Paars ein Glückwunschschreiben an König Humbert gerichtet.

Wie man der „Westf. Ztg.“ von hier schreibt, wird unter dem Präsidium des Kronprinzen die Landesverteidigungs-Kommission in aller nächster Zeit im Kriegsministerium zusammentreten, um über die Befestigung des Reichs-Kriegshafens zu Kiel bezw. den projektirten Nord-Ostsee-Kanal zu berathen. Als Mitglieder der Kommission nennt man den Chef des Generalstabes der Armer General-Feldmarschall Graf Moltke, den General-Inspektor der Artillerie, Generalleutnant v. Bülow, den Chef des Ingenieurcorps Generalleutnant v. Biehler, den Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements Generalmajor v. Berdy du Verneuil und je einen königlich bairischen und sächsischen Offizier.

Die „Corr. Havas“ erwähnt als Gerücht, Grey habe den Fürsten Hohenlohe gefragt, welchen Eindruck ein Kabinet Gambetta in Deutschland machen werde, und Fürst Hohenlohe habe geantwortet, das werde als solches die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland durchaus nicht beeinflussen, und bei dem Fürsten Bismarck zumal „siehe Gambetta in großer Achtung sowohl seiner Aeußerungen wegen, als wegen der Energie, die er bei der Organisation der Nationalverteidigung entwickelt habe“.

Göttingen, 5. November. Heute ist die Immatrikulation für das laufende Semester, wenigstens offiziell, geschlossen. Ausgenommen sind 318 Studierende, abgegangen waren höchstens 270. Die Gesamtzahl unserer Studierenden wird sich auf über 1050 belaufen.

Aus dem Reichslande, 6. November. Der Knabe Karl fängt am, mir lächerlich zu werden. Der Abgeordnete Karl Grad schreibt von Paris aus einen Brief an seine Wähler, in dem er unter Berufung auf seine eigene Arbeit damit schließt: „Meine Berleinerer in der offiziellen Welt werde ich daran erinnern, daß an dem Tage, an welchem das allgemeine Stimmrecht Vertreter in den Landesauschuss senden wird, die alle gleichmäßig unabhängig sind und wenn die auf Landeskosten bezahlten Beamten ebensoviel arbeiten werden wie wir, und die Verwaltung weniger theuer zu stehen kommen wird und unsere Steuern um Vieles werden vermindert werden können.“ Wenn der bescheidene Mann sich über die große Zahl von Beamten, namentlich in den höchsten Stellen der Centralbehörde, beklagt und eine Verwaltungsreform gefordert hätte, welche jene Hypertrophie des Kopfes beseitigen oder wenigstens mindern könnte, so würde man ihn für eine ernsthafte Person halten und in seinen Worten den Hauptimpuls der administrativen Organisation vom 4. Juli 1879 bargelegt erkennen. So aber fällt der plumpe Knabe über die Gesamtheit der Männer her, von deren Fleiß die hohen Altennummern ein leibhaftig ein hohes Zeugnis ablegen und deren Thätigkeit ein Protestler und Gambettist wie Herr Grad zwar belächeln kann, aber nie bezweifeln darf, ohne sich lächerlich zu machen. Wie sehr den Herren der Kamn schwillt die Pariser Umgehung thut das ihrige dazu, das verräth der Brief sehr früh. Wir erkliden in diesem Kampfe gegen das Beamtenthum überhaupt, zu dem Herr Grad mit seinem frischen, fröhlichen Jagdruf erneut das Zeichen giebt, die unglücklichste Folge der Beamtenehe des letzten Winters. Nicht um ein paar Groschen handelte es sich damals, sondern um die Achtung vor der Arbeit des Beamten, und es war in der That ein sehr übel berathener Moment, als die Regierung gegenüber dem Drängen des Landesauschusses ihre eigenen Degane dekretirte. Wir graben ungern den alten Haber wieder aus; Herr Grad aber nöthigt dazu mit seinen Fanfaronnaden. Suchen wir lieber den übeln Folgen durch frische Arbeit zu begegnen. Sie wird allerdings schwerer sein als zuvor, denn die Kluft zwischen der Beamtenwelt und den streitbaren Heeren des Landesauschusses, den sogenannten Notabeln, ist weiter geworden als vorher, und darunter leidet am meisten das Interesse des Landes. Herr Grad darf sich nicht wundern, wenn man den eiteln Vielbeschreiber nicht mehr für ernsthaft nimmt. (Köln. Ztg.)

Ausland.

Wien, 7. November. Die Proklamirung, mit welcher die Landesregierung in Sarajewo das provisorische Wehrgesetz für Bosnien der Bevölkerung ankündigt, lautet folgendermaßen:

Die Aufstellung einer bewaffneten Macht ist in allen Ländern eine unabwiesliche Nothwendigkeit, und es giebt auch kein Land, wo eine solche nicht bestünde. Ohne eine bewaffnete Macht ist die Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande nicht möglich; Leben und Eigenthum der Einwohner sind schutzlos, das Land selbst ist wehrlos gegen äußere Feinde. Bisher gewährte Euch den nöthigen Schutz nur das kaiserliche und königliche Heer; denn die Wunden, welche die vorhergegangenen Ereignisse geschlagen, sollten je eher vernarben, die nöthige Arbeitskraft sollte dem Lande nicht entzogen werden, damit Eure zerstörten Häuser wieder hergestellt, Eure verödeten Acker wieder bebaut werden. Darum hat Se. Majestät der Kaiser und König die Erfüllung der Pflicht: in die Reihen der bewaffneten Macht einzutreten, welcher jedem wehrfähigen Sohne des Vaterlandes obliegt Euch bisher allergnädigst erlassen. Nunmehr aber ist es an der Zeit, daß die wehrfähigen Söhne des Landes ihrer Pflicht nachkommen und ohne Unterschied der Religion der Ehre theilhaftig werden, für die Vertheidigung ihres Vaterlandes die Waffen zu tragen. Darum hat Se. Majestät der Kaiser und König das Gesetz über die Erfüllung Eurer Wehrpflicht, welches Euch hienit kundgemacht wird, allergnädigst genehmigt und anbefohlen, daß es vom Tage seiner Kundmachung an in Wirksamkeit zu treten habe.

In dem Wehrgesetze sind die weitgehendsten Erleichterungen und Befreiungen ausgesprochen und in besonderen Vorschriften auch die nöthigsten Anordnungen getroffen, damit durch die Erfüllung der Wehrpflicht Niemand, welchen Glaubens immer er auch sei, an der Erfüllung seiner religiösen Pflichten verhindert werde. Es ist dies ein ritterlicher Beweis, wie der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, Euren Sitten und Gewohnheiten und dem Zustande des Landes Rechnung trägt, daß er die Ueberzeugung und Gefühle aller im Lande befindlichen Religionsgenossenschaften in gleichem Maße achtet, daß er keine bevorzugen, und nicht bulden will, daß welche immer zurückgesetzt werde.

Der Zeitpunkt für die Vornahme der nächsten Stellung wird besonders kundgemacht werden. Boll der wohlwollendsten Rücksicht auf die Familien der Wehrpflichtigen befehlet der Kaiser und König schon jetzt, daß bei der nächsten Rekrutirung nur 1200 Mann auszuheben und zu diesem Behufe nur die erste und zweite Altersklasse, das heißt die im Jahre 1862 und 1861 Gebornen, zur Stellung berufen seien. Die Angehörigen der Altersklasse 1859 und die älteren Altersklassen sind von der Wehrpflicht gänzlich befreit. Die Familienväter und die stellungspflichtigen Jünglinge sollen überzeugt sein, daß die Behörden die Ansprüche auf Befreiung und Begünstigung mit voller Unparteilichkeit entscheiden werden. Se. Majestät befehlet und erwidert aber auch, daß die aufgerufenen Wehrpflichtigen den Geboten dieses Gesetzes willigen Gehorsam leisten, und daß alle Behörden, Aemter und Gemeinden mit gleichem Eifer ihrer Pflicht bei der Durchführung dieses Gesetzes nachkommen.

Da h i e n, Feldmarschall-Lieutenant.

Paris, 6. November. In der in ihrem wesentlichen Inhalt bereits analysirten Rede, durch welche der Konseilspräsident Jules Ferry die anlässlich der tunesischen Expedition gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe von vornherein zu widerlegen suchte, wandte sich derselbe auch gegen die Behauptung, daß diese Expedition für Frankreich den Verlust der Allargen, sowie die Desorganisation der Armee herbeigeführt habe. Jules Ferry betonte, daß die Mobilisationskadres intakt wären. Wenn aber der Effectivbestand augenblicklich schwach sei, so liege das daran, daß zwischen dem Contingent von 1876, das soeben entlassen worden sei, und dem neuen Contingent, das noch nicht eingetroffen, eine Lücke bestesse, wie das alljährlich um dieselbe Zeit zu geschehen pflege. Diese Lücke werde aber sehr in Folge der Dpfer, welche das tunesische Expeditionskorps in Tunesien bringen mußte, empfindlicher. Jules Ferry betonte weiter, daß, falls unglücklicherweise eine Mobilisa-

tion notwendig werden sollte, man die für die Vertreibung des Landes bestimmten zahlreichen Reserven unverzüglich in die Kadres einrücken sehen würde.

Zu dem anderen Punkte bezüglich der Allianzen übergehend, fuhr der Redner fort: „Unsere Allianzen verloren? Gestern haben wir unseren Handelsvertrag mit Italien unterzeichnet. Dieser Vertrag wird Ihnen unterbreitet werden, die Einigung ist zwischen den Vertretern der beiden Regierungen erfolgt, und ein Handelsvertrag ist, wie ich meine, niemals ein Zeichen einer tiefen Mißbilligung zwischen zwei benachbarten und befreundeten Nationen gewesen.“ Jules Ferry unterzog dann den Verlauf der tunesischen Expedition einer Kritik und hob hervor, daß in Tunesien in der Umgebung von Kairuan gegenwärtig eine Armee von 50,000 Mann stehe. Dieser Hinweis ist besonders deshalb bemerkenswerth, weil die regierungsfreundliche Presse seiner Zeit bespricht, daß der Zug nach Tunesien zwei französische Armeekorps in Anspruch nehmen würde. Geradezu überschwängliches Lob wurde den jüngsten militärischen Operationen gezollt, die zu der Einnahme Kairuans führten. Der Ministerpräsident unterließ nur, hinzu zu fügen, daß die Injungen auf jeden Widerstand Verzicht leisteten, so daß sich die erwähnten Operationen in der That zu einer militärischen Probenade gestalteten, als welche die tunesische Expedition überhaupt bei ihrem Beginn, sehr mit Unrecht, bezeichnet wurde. Wenn ferner die Disziplin der Truppen in hohem Grade gerühmt wurde, so steht dies mit der Blünderung von Sfax und um anderen Vorgängen in scharfem Gegensatz. Jules Ferry erklärt schließlich, daß die Truppen nimmer nach dem Süden der Regentenschaft geschickt werden sollten, um dem Geiste der Araber die Stärke der französischen Truppen begreiflich zu machen.

Der Deputierte Amagat, welcher demnachst seine Interpellation begründete, that dies, wie bereits hervorgehoben wurde, mit so wenig Geschick, daß, falls der Ansturm von Seiten der Opposition am Montag nicht mit besseren Streitkräften unternommen wird, der Ausgang der Interpellationen ein Nüchternes bleiben würde. Freilich steht zu erwarten, daß die Deputierten Naquet und Graf de Revois, die Urheber der beiden anderen Interpellationen, sich als besser geschulte Parlamentarier erweisen werden. (R. 3.)

Provinzielles.

Stettin, 9. November. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadiv. ordneten macht der Vorsitzende, Herr Dr. Wolff davon Mitteilung, daß nach Veröffentlichung der Tagesordnung noch eine Auskunft erwartet wurde, von der es abhängt, ob der Kommissionsbericht über die eingegangenen Bewerbungen um die Stadtschulrathstelle noch in dieser Sitzung entgegengenommen werden könne. Diese Auskunft sei eingetroffen und beantrage er, diesen Gegenstand als dringend noch auf die Tagesordnung der geheimen Sitzung zu stellen und dafür event. einige Gegenstände von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung abzusetzen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. — Herr P. Henning hat bereits früher ein Gesuch betr. den Marktplatz auf der Pilsnerstraße an die Versammlung gerichtet, gestern lag von demselben ein Maßschreiben vor. Dasselbe wird, sowie das erste Gesuch dem Magistrat überwiesen. — Zum Schiedsmann für den 16. Stadtbezirk wird Herr Otto Krapppe, zum Vorsteher der I. Armen-Kommission Herr Kaufmann Fritz Degner, zu Mitgliedern dieser Kommission die Herren A. Schulz und Bernh. Schröder und zum Mitglied der II. Armen-Kommission Herr Ed. Rasch gewählt.

Ohne Debatten werden bewilligt: 750 M. zur Verlängerung der Wasserrohrleitung in der Falkenwälderstraße von der Rothenstraße ab, um 60 Meter, 60 M. Remuneration für die Beaufsichtigung der Frauen-Badeanstalt im vor. Sommer, 1455 M. 88 Pf. an Mehrkosten für die Entwässerungs-Anlage in den städtischen Gebäuden Wödenstr. 32—37, 1782 M. 41 Pf. zur Herstellung einer Wohnung in dem Schulhause in der Klosterstraße, 14 M. an Kosten für Gas zu einer Latrine in Straße Nr. 15 im ehemaligen Fort Wilhelm, 67 M. 50 Pf. zur Vermehrung der Zeichenstunden am Stadtymnasium vom 1. Januar 1882 ab und 270 M. als Nachbewilligung an Verwaltungskosten beim Stadtymnasium pro 1881—82.

Ein Antrag, betreffend die Buchung der Kosten für Gas zur Beleuchtung des Gertrud-Kirchhofes während des Abendgottesdienstes, wird an den Magistrat zurückgegeben mit der Bitte, über die Eigentumsverhältnisse des Gertrud-Kirchhofes Auskunft zu ertheilen.

In der Sitzung am 4. Oktober wurde an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob die über der Spirituosenfabrik im Gebäude der Friedrich-Wilhelmschule befindliche Wohnung, welche z. Z. der pensionirte Feuerwehrmann Schulz inne hat, nicht an einen im Dienst befindlichen Feuerwehrmann zu vergeben sei. Daraus ergibt sich nun der Magistrat die Auskunft, daß der p. Schulz für eigene Rechnung in der Wohnung neue Einrichtungen eingerichtet habe und beantragt, dem Schulz die Wohnung auf Lebensdauer zu verlassen. Die Finanz-Kommission hält die Annahme in dieser Fassung für bedenklich, da man nicht wissen könne, ob und wie sich die Verhältnisse des p. Schulz noch ändern können, sie beantragt, demselben die Wohnung bis auf Widerruf unter der Bedingung zu belassen, daß er auf Erstattung der in der Woh-

nung gemachten Aufwendungen verzichtet. Demgemäß beschließt die Versammlung.

Zu dem Erlaß des erhöhten Schulgeldbetrags für einen auswärtigen Schüler des Stadtymnasiums wird zugestimmt.

Der Bericht über die Kammerei-Kassen-Rechnung pro 1879—80 hatte f. Z. Veranlassung zu verschiedenen Notaten gegeben. Dieselben betreffen meist nur Formalitäten, welche durch die Beantwortung des Magistrats als gehoben zu betrachten sind, nur bei Titel VI ist die Differenz bei den Lohnsätzen der Bauhandwerker nicht genügend aufgeklärt. Dieselbe ist ziemlich erheblich, denn zu derselben Jahreszeit ist bei dem einen Maurermeister 3 M. Lohngeld für einen Gesellen verzeichnet, während bei anderen Meistern 3,20 Mark, 3,50 M. und 3,75 M. verzeichnet sind, ebenso differirt der Lohn für die Polierer zwischen 3 und 5 M. Die Versammlung beschließt daher, die Rechnung nochmals an den Magistrat mit der Bitte um Aufklärung zurückzugeben.

Eine längere Debatte entspinnt sich über die Instruktion für die Vorsteher der Sparkasse. In § 9 dieser Instruktion wird bestimmt, daß von den drei Schlüssel zu dem Depositorium einen der Vorsteher, den zweiten ein von dem Vorstehenden ernannter Vorsteher und den dritten der Rentant führen soll. Als Schlüsselhaber dieses Paragrafen war angeführt, daß jeder der drei Genannten nicht mehr als einen Schlüssel haben soll. In der Vorlage des Magistrats ist dieser Schlüsselsatz gestrichen und beantragt der Referent, denselben wieder in der Instruktion aufzunehmen. Darüber entspinnt sich eine lange Debatte, an der sich die Herren Oberbürgermeister Haken, Bürgermeister Steinhilber, Grefrath, Aron und Dr. Amelnig betheiligen und die mit der Annahme des Antrages des Referenten endet.

Zu der Verpachtung der Berechtigung zur Anlage von Eisenbahnen für Schiffschuhläufer auf den Mühlwiesen wird an Herrn Restaurateur Hellwig der Zuschlag für 1600 M. jährlich erteilt.

Der Besitzer des Grundstücks Grenzstraße 20 hat für ein von der Stadt auf sein Grundstück eingetragenes Hypothek-Kapital von 7500 M. um eine Zinsermäßigung von 5 auf 4 1/2 pCt. gebeten und beantragt auch der Magistrat, diesem Gesuch zu entsprechen. Herr Dr. König bittet, die Ermäßigung abzulehnen, da die Hypothek zur 3. Stelle eingetragen sei und es nicht gerathen erscheine, auch eine Zinsermäßigung für Hypotheken auf der 3. Stelle einzutreten zu lassen. Die Versammlung lehnt die Ermäßigung ab.

Ueber die Verpachtung der Korweidenutzung pro 1881—82 für 949 M. 90 Pf. gegen 1543 M. 70 Pf. im Vorjahr wird der Zuschlag erteilt und als Kosten für die Aufstellung und Unterhaltung von 3 Petroleumlaternen bei der von der Bellevuestraße nach der Galtwiese führenden Treppe (sogen. Himmelsleiter) 180 M. bez. 53 M. bewilligt.

Auf Antrag des Hafenmeisters Crepin und nach Einholung eines Gutachtens des Reg.-Bauraths Dresel will der Magistrat zur Sicherung der Schiffahrt im Oder-Dunzig-Kanal 2 fünfssache Pfahlgruppen und 14 Distanz-Pfähle herstellen lassen, erstere, um die Kopfstau der Schiffe zu besorgen, letztere, um bei Hochwasser die Richtung des Kanals anzuzeigen. Die veranschlagten Kosten dafür betragen 2000 M. und werden von der Versammlung bewilligt, ebenso 13,020 M. 53 Pf. Erwerbskosten für die zu beiden Seiten des Oder-Dunzig-Kanals belegenen, der Stadt überreichten 14 Mtr. breiten Terrainsstreifen.

Nachdem frühere Verhandlungen wegen der Erwerbung von Straßenterrain von dem G. und H. Bäderberg Nr. 3 gescheitert waren, ist das Grundstück jetzt durch Substanzstation an einen neuen Besitzer übergegangen und hat sich letzterer bereit erklärt, der Stadt 188 M. — Mtr. Straßenterrain kostenfrei abzutreten, wenn dieselbe die Kosten der Straßen- und Bürgersteigerstellung übernimmt. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden und bewilligt die Kosten in Höhe von 1360 Mark.

In der 18. Armen-Kommission sind jetzt 86 Arme zu kontrolliren, da diese Kommission in Folge dessen zu umfangreich, soll dieselbe getheilt und eine neue (26) Armen-Kommission gebildet werden. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, sie wählt die Mitglieder der 26 Armen-Kommission (als Vorsteher Herrn Eisenbahn-Sekretär Schulz) und bewilligt 15 M. an sächlichen Verwaltungskosten für die letztere.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen. Die noch auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen, betreffend die Anstellung eines Polizei-Thierarztes zur Vornahme der Revisionen der Fleischmärkte, und die Vorlage, betreffend die Herabsetzung des Gaspreises zum Betriebe von Gaskraftmaschinen und Kochapparaten und die Herabsetzung der Gaszählermiete, sowie zwei Gesuche werden vertagt. Es folgt noch eine längere geheime Sitzung.

Stettin, 9. November. Der Baritonist Herr Schütz hat sein Engagement am hiesigen Stadttheater aufgeben müssen, weil seine Stimme unter den hiesigen klimatischen Einflüssen zu sehr zu leiden hatte. An seine Stelle tritt der Baritonist Reich, der am Donnerstag im „Tribun“ als Graf Luna debütiren wird. Die Accuzena wird dem Fr. Wedaert, unserer vielversprechenden Altistin Gelegenheit geben, wieder in einer Glanzrolle aufzutreten. Leider scheitern die Ausfichten, unsere guten und mit Recht rasch beliebte gewordenen Sängern auch für die nächste Saison an unser Theater zu fesseln, täg-

lich vager zu werden. So soll Fr. Lichtenegg bereits mit bedeutend erhöhter Gage nach Königsberg engagirt sein, während sich um Fr. Wedaert das Hoftheater in Braunschweig und das Stadttheater in Köln bemühen. Der Direktor dieser letzten Bühne, Herr Jul. Hofmann trifft, um die genannte Dame singen zu hören, zur Donnersb.-Vorstellung hier ein. Am Sonntag wird Rosini's „Zell“ zur Aufführung kommen und am Dienstag Fr. Hedwig Kollandt ihr Gastspiel eröffnen.

Am 6. Juni waren mehrere Knechte, darunter der Knecht Goltz. Siebert, im Krüge zu Hohenzahden in sehr vergnügter Stimmung, sie sangen und tanzten umher, wollten jedoch diese Freude für sich allein haben, denn als der Knecht Bartenstein mit mehreren Anderen an dem Tanz Theil nehmen wollte, wurde ihm dies nicht gestattet. Nachdem Feterabend geboten war und sich die lustigen Brüder auf die Straße begeben hatten, setzten sie dort den Tumult fort und begannen nun mit den Vorübergehenden eine Schlägerei. Bei dieser Gelegenheit erhielt auch der obgenannte Bartenstein einen Stein ins Gesicht geworfen, wodurch ihm das Nasenbein zerschmettert wurde. Deshalb hatte sich Siebert in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts wegen Mißhandlung zu verantworten und wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Der Regierungs- und Baurath Dpel in Magdeburg ist an die königliche Regierung zu Stettin versetzt worden.

Der Regierungs- und Schulrath Anderson ist der königlichen Regierung zu Köslin überwiesen worden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Fiesco, oder: Die Verschönerung zu Genoa.“ Trauersp. 5 Akte.

Vermischtes.

Die Annerion Elsas-Lothringens an Preußen wird jetzt in der Presse als Gerücht ventilirt. Das Gerücht knüpft an den Ausfall der Wahlen in Elsas-Lothringen an, welche bekanntlich durchweg Reichsfeinde zu seinen Vertretern im Reichstage ausgesendet hat. Unmöglich wäre es nicht, daß der reichsfeindliche Charakter der Wahlen in Elsas-Lothringen an höherer Stelle den Entschluß aufkommen ließe, dem Zwitververhältnis, in welchem sich die Reichslande zur Centralregierung befinden, ein Ende zu machen. Die Versöhnungspolitik des Feldmarschalls Manteuffel hat jedenfalls Fiasco gemacht, und es kann keine Rede mehr davon sein, daß den Reichslanden die unter ganz anderen Verhältnissen verheißene Autonomie in vollem Umfange gewährt wird. Man ist im Gegentheil Elsas-Lothringen schon viel zu nachgebend entgegengekommen, indem eine Staatsälterchaft mit einer eigenen Ministerorganisation für die Landesverwaltung eingesetzt wurde. Es wäre nur eine Konsequenz der protestantischen Wahlen, wenn man in Regierungskreisen zu dem Entschlusse käme, die Zügel in Elsas-Lothringen strammer anzuziehen. Aber eine förmliche Einverleibung der Reichslande in Preußen als Provinz dürfte in naher Zeit, wenn vielleicht auch die Neigung für eine solche Radikallösung bei der preussischen Regierung vorherrschen sollte, doch nicht zu erwarten sein. Denn die Anschließung Elsas-Lothringens an Preußen hängt nicht von dem Belieben Preußens allein, sondern von der Zustimmung des Bundesrathes ab. Man kennt aber die Scheu des Bundesrathes, an den bestehenden staatsrechtlichen Zuständen etwas zu ändern.

(Eine seltsame Selbstmordgeschichte.) In ein Wiener Spital kamen zwei Männer, von denen der eine um Aufnahme bat, während der andere bloß als dessen Begleiter erschien. Der Aufnahmewerber wand sich vor Schmerzen und deutete auf die theilmahmvolle Frage des Arztes, was ihm fehle, auf den Magen. Der Begleiter schüttelte dem Arzte zu: „Er hat sich das Leben nehmen wollen.“ Der Doktor stellt darauf die Frage: „Haben Sie etwas getrunken?“ — Der Kranke schüttelt das Haupt und krümmt sich vor Schmerz. — „Haben Sie sich vielleicht wehgethan?“ — Der Gefragte verneint wieder, und sein Begleiter giebt dem Arzte die Auskunft: „Der Kravatten hat er gegessen!“ — Ungläubig schüttelt der Arzt den Kopf. Aber der Selbstmordkandidat bestärkt die Aussage. Noch will's der Arzt nicht glauben. Er wendet, wie es bei den Selbstmordversuchen oft geschieht, Bredemittel an, um dem Patienten Erleichterung zu verschaffen. Und siehe da, der Patient hat richtig Kravatten gegessen. Zwei davon kamen gleich zum Vorschein, die zwei andern hofft der Arzt im Laufe des heutigen Tages herauszubekommen. Was den Mann auf den Gedanken gebracht hat, sich mit „Kravatten“ das Leben zu nehmen, weiß der Arzt nicht. Mit Halbbinden pflegen Selbstmörder sich zu erheben; aber innerlich genommen hat sie bisher noch Niemand. Dieses neueste Selbstmordmittel blieb dem Schuhmacher Zahuda vorbehalten, den es aber glücklicherweise nicht das Leben gekostet hat. Nach einem Streite mit seiner Frau wollte er sich etwas antun; das Wasser war ihm zu kalt, die Mhle zu schmerzhaft; so versiel er denn aufs Kravatten-Essen. Er hatte wohl selbst keine Idee davon, auf welche Weise die „Kravatten“ todbringend werden können, und ist heute recht froh, daß er mit einer momentanen Indisposition davonkam. Es ist wohl nicht zu befürchten, daß sein Beispiel Nachahmung finden werde.

Eine interessante Operation fand in der vorigen Woche in Wien statt. Professor Mauth-

ner vollführte am 20. v. M. die Entfernung des grauen Staars aus dem Innern des Auges (Extractione cataractae) bei einem im hundertundzweiten Lebensjahre stehenden Greise, Herrn Altmann aus Tyrnau. Die Operation verlief normal, die Heilung der Wunde erfolgte anstandslos und nach Ablauf von zehn Tagen konnte der Operirte mit vollkommen schwarzer Pupille in seine Heimath zurückreisen. Es läßt sich nicht nachweisen, daß eine analoge Operation im laufenden Jahrhundert vorgekommen wäre. Wie es scheint, hat sich ein ähnlicher Fall überhaupt erst einmal ereignet. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts entfernte David den grauen Star bei einem über hundert Jahre alten Individuum gleichfalls mit glücklichem Erfolge.

Ueber die Entstehungsgeschichte der Krankheit der Königin Carola von Sachsen bringt die „Erf. Ztg.“, der wir dafür die Verantwortlichkeit überlassen, eine eigenthümliche Mitteilung. Darnach ist die Königin nämlich eine passionirte Künstlerin im Einfachen von Früchten. Schon seit einer Reihe von Jahren läßt sie es sich nicht nehmen, für die unter ihrem Schutze stehenden Krankenanstalten die Fruchtkonserven selbst herzustellen. Die Fälle des Obstes in diesem Jahre ist Veranlassung gewesen, daß die Königin in dem Carola-hause Früchte in solchen Mengen eingemacht hat, daß selbst für eine Berufsköchin die Herstellung des Quantums eine Riesenaufgabe gewesen sein würde. Bei dieser Arbeit hat die Königin zu wiederholten Malen die Nächte zu Hülfen genommen, um die vorhandenen Vorräthe zu bewältigen, und dabei soll sie sich die Erkrankung zugezogen haben.

Es muß Alles gelernt werden, auch das Gaunerthum; Hr. Bamolde, ein alter Gauner, der durch viele Jahre die englische Polizei vergebens nach seiner Person schmachten ließ, hat mit großer Freundlichkeit bei der Gerichtsverhandlung, die gelegentlich seiner endlichen Haftverurteilung stattfand, einige Geheimnisse genannt, die am besten geeignet sind, einen Menschen unkenntlich zu machen. „Da ist vor Allem ein gutes Haarfärbemittel zu empfehlen, welches wenige Schillinge kostet und in einigen Stunden Augenbrauen, Haare und Bart in grüner, rother, blonder, schwarzer Farbe verändert. Sehr nützlich ist der Saft der Wallnuss, der die Hautfarbe ganz bräunlich erscheinen macht, sowie das Rauchen einer Zigarre, die 24 Stunden in Del gelegen und die das Gesicht mit dem schönsten Dunkelgelb der Mulatten verleiht. Von größtem Werthe sind jedoch zwei kleine Stöpsel, die man in die Nase giebt; diese bringen nicht allein eine Wandlung der Form dieses Organs hervor, sondern sie verändern auch die Stimme. Augengläser sind nicht immer zu empfehlen, denn man muß daran gewöhnt sein, damit Kenner nicht merken, daß man vorsätzlich nach ihnen gegriffen. Hinken ist nicht schlecht, aber man muß es verstehen, ist man ein Puschel, so genügt der Blick eines Polizeibeamten, um sofort die Sache auszuklären.“ Der Gerichtshof war von diesen Enthüllungen höchst amüset und sprach Hr. Bamolde ein Honorar von achtzehn Monaten Zwangsarbeit zu.

Telegraphische Depeschen.

Greiz, 8. November. Bei der hier stattgehabten Stichwahl wurde Wilhelm Bloß (Sozialdemokrat) gegen Merz (konj.) gewählt.

Dresden, 8. November. Offizielles Bulletin. Die Königin hat gut geschlafen; gestern zeigten sich geringe, auch noch für die nächsten Tage zu erwartende Fieberschwankungen.

Wien, 8. November. Die anstehende „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des Herrenhausmitgliedes Grafen Friedrich Schoenborn zum Statthalter von Mähren.

Kronstadt, 8. November. In Folge des Südwestwindes sind alle Rheiden wieder eisfrei geworden, die Schifffahrt unbehindert. 5 Grad Rälte.

Konstantinopel, 8. November. In der gestrigen Sitzung der Delegirten der Inhaber türkischer Schuldtitel vertheidigten die türkischen Delegirten die Ansicht, daß die abgetretenen Einkünfte, namentlich das Erträgniß aus den indirekten Steuern genügend sei, um den verschuldeten Wünschen der Delegirten zu entsprechen. Da Balfrey und Bourle dies bestritten und noch weitere Konzeptionen verlangten, boten die türkischen Delegirten als äußerste Konzeption das Erträgniß der Zölle auf persischen Tabak, genannt Tumedt, bis zur Höhe von 50,000 Pfund an, unter der Bedingung, daß der Ueberschuß der Zölle in den türkischen Staatskassen fließen solle. Nach längerer Debatte nahmen die europäischen Delegirten diese Konzeption an und legten sodann den Entwurf der allgemeinen Liquidation vor. Die türkischen Delegirten verlangten eine Woche Zeit, um den Entwurf zu prüfen, worauf die nächste Plenarsitzung auf den 14. d. Mts. anberaumt wurde. Am Freitag oder Sonnabend wird sich das Subkomitee mit der Prüfung der Details beschäftigen.

Louis, 7. November. Bei den Rekrutierungen in der Umgebung des Lagers von Tebourseul stieß man auf einige Aufständische, welche ohne Mühe zerstreut wurden. Die Unterwerfung aller Aufständischen im Norden der Regentenschaft wird demnachst erwartet. General St. Fran ist in Kairuan wieder eingetroffen; in Djebel-Duffelet traf derselbe keinen Aufständischen.

Washington, 7. November. In seinem allgemeinen Jahresbericht empfiehlt General Sherman aus Gründen des militärischen Dienstes eine Vermehrung des Heeres. Morgen finden in zwölf Staaten der Union die Wahlen statt; aus diesem Anlaß werden die Märkte geschlossen sein.